

3 Der Solarweltmeister muss sich anstrengen
Liechtenstein hat in der Fotovoltaik noch viel offenes Potenzial.

9 Trotz bio: 84 Prozent in Plastik verpackt
Untersuchungen im Schweizer Einzelhandel zeigen Probleme auf.

11 Rückspiel gegen Breidablik
Nur ein Sieg hilft Vaduz weiter
«Wollen das Spiel nach 90 Minuten entscheiden»



Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Donnerstag, 18. Juli 2019
142. Jahrgang Nr. 134

Heute

Schweizer Brauer Adrian Hasler erhält Käse und Bier

Anlässlich des 300-Jahr-Jubiläums wird die Interessengemeinschaft unabhängiger Schweizer Brauereien heute Regierungschef Adrian Hasler mitten auf der alten Rheinbrücke in Vaduz symbolisch einen Käselaib und reichlich Schweizer Bierspezialitäten übergeben.

Ausland Die italienische Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen die Freilassung von Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete eingelegt. **Seite 8**

Wirtschaft Bitcoin legt angesichts der negativen Reaktionen auf Facebooks Digitalwährung Libra eine Talfahrt hin. **Seite 8**

Sport Motorsportlerin Fabienne Wohlwend wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auch kommende Saison ein W-Series-Cockpit erhalten. Vor dem zweitletzten Rennen in Assen (NED) entschied sie sich zudem dafür, ab September alles auf die Karte Motorsport zu setzen. **Seite 12**

Panorama Wird ein Gletscher das ganze Jahr über mit Schnee zugedeckt, könnte er wieder wachsen. Im Engadin kann ein Pilotprojekt mit Schmelzwasser-Recycling im August starten. Die Finanzierung für das Projekt steht. **Seite 20**

Wetter Trotz Quellwolken und Wolkenfeldern recht sonnig. **Seite 18**



Inhalt

Inland	2-7	Kultur	16
Ausland	8	Kino/Wetter	18
Wirtschaft	9+10	TV	19
Sport	11-14	Panorama	20

Fr. 2.50 www.volksblatt.li
Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

G.NUSS

FREDERICK.LI

Monika Gstöhl: «Wir müssen die Schrauben ordentlich anziehen»

Umwelt Fehlender Schutzwald, Wasserknappheit, Artensterben: Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der LGU, kann eine ganze Litanei dringender Themen aufzählen. Sie ist überzeugt, unser heutiger Lebensstil belastet die Umwelt und das Klima.

VON SILVIA BÖHLER

Alle Gemeinden tragen seit mehreren Jahren das Label «Energistadt» und das Umweltbewusstsein der Liechtensteiner wächst. Auch Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), erkennt an: «Es wird viel gemacht und wir befinden uns auf dem Weg.» Gleichzeitig mahnt die Biologin und Umweltschützerin aber auch: «Unser heutiger Lebensstil schadet der Umwelt

und dem Klima.» Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum, Autos, die immer mehr Strassen benötigen, Menschen, die billige Konsumgüter in grosser Vielfalt wünschen und aufgrund ihres Wohlstandes um die Welt jetten können, sind verantwortlich für einen enormen Energie- und Ressourcenverbrauch. «Wir sind nun an einer Grenze angelangt, an der wir sehr gut überlegen müssen, was wir der Umwelt noch zumuten dürfen», sagt Gstöhl. Der stark wachsende Ressourcenverbrauch

gepaart mit der steigenden Weltbevölkerung habe dazu geführt, dass sich die Menschen nun mit einer Fülle von Problemen konfrontiert sehen.

Vom Klima bis zum Artensterben

Neben der globalen Klimaerwärmung liege auch in Sachen Biodiversität einiges im Argen: «Wir nehmen den Tieren den Lebensraum. In unseren Nachbarländern hat man herausgefunden, dass der Bestand der Insekten um drei Viertel abgenom-

men hat. Das ist ein sehr alarmierendes Signal.»

Monika Gstöhl sieht dringenden Handlungsbedarf und ist davon überzeugt, dass nur noch etwa 50 Jahre bleiben, in denen wir das Ruder komplett herumreissen müssen. Dabei sieht sie jeden einzelnen Konsumenten in der Pflicht, aber auch die Politik. Denn, um auf Freiwilligkeit zu setzen, fehle die Zeit. Monika Gstöhl: «Wir müssen die Schrauben nochmals ordentlich anziehen.»

Seite 4 und 5



Gelungener Start 74. Bregenzer Festspiele eröffnet

Am Mittwoch wurden in Bregenz die diesjährigen Festspiele durch den österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen feierlich eröffnet. Liechtenstein war durch Regierungschef Adrian Hasler ebenfalls vertreten. Moderator Nikolaus Habjan sorgte mit seiner «Rigoletto»-Handpuppe und subversiven Ansagen für Unterhaltung.

(Foto: RM/Philipp Steurer)

Seite 16

GPK-Affäre Ermittlungen vorerst auf Eis gelegt

VADUZ Kurz nachdem Ende Juni der GPK-Bericht zum Fall Aurelia Frick an die Landtagsabgeordneten verschickt worden war, berichteten die Medien über die darin enthaltenen Dokumente. Vergangene Woche hatte die Staatsanwaltschaft Vorerhebungen wegen des Verdachts auf die Verletzung des Amtsgeheimnisses veranlasst. Ziel ist es, herauszufinden, ob Regierungsmitglieder

oder Beamte den GPK-Bericht an die Medien weitergegeben hatten. Der oder die möglichen Täter konnten jedoch nicht ausgemacht werden, wie der leitende Staatsanwalt Robert Wallner am Mittwoch auf «Volksblatt»-Anfrage mitteilte. «Beide Landeszeitungen berufen sich auf das Redaktionsgeheimnis», erklärte Wallner. Damit liege das Verfahren bis auf Weiteres auf Eis. «Es könnte

fortgesetzt werden, wenn der oder die Verdächtigen doch noch ausgeforscht werden», so Wallner. Der besagte GPK-Bericht diene den Landtagsabgeordneten als Grundlage für die Befragung von und das Misstrauensvotum gegen Aurelia Frick anlässlich der Sondersitzung des Landtages vom 2. Juli. Im Zuge dessen wurde der Bericht letztlich offiziell für öffentlich erklärt. (ds)

Segeln

Pablo Hämmerle an der WM im Mittelfeld

ANTIGUA Auf Antigua wurde die Weltmeisterschaft der Bootsklasse Optimist ausgetragen. Der 15-jährige Ruggeller Pablo Hämmerle konnte in der Karibik mit der internationalen Konkurrenz (255 Teilnehmer) gut mithalten und belegte im Schlussklassement Rang 169. **Seite 13**

Schwerpunkt Sommergespräch mit Monika Gsthöl

«Allein durchs Reden werden wir weder Natur noch Klima retten»

Interview Der Sommer bringt Leichtigkeit und Lebenslust. Er bringt aber auch häufiger Wetterlagen, die uns einmal mehr die Klimaveränderung vor Augen halten. Monika Gsthöl, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz LGU, sieht aber nicht nur in diesem Bereich dringenden Handlungsbedarf.

VON SILVIA BÖHLER

«Volksblatt»: Frau Gsthöl, derzeit hat man das Gefühl es brennt an allen Ecken und Enden. Klimaerwärmung, Schutzwald, Bienensterben. Sind die Umweltprobleme gravierender, als in den vergangenen Jahrzehnten?

Monika Gsthöl: Aus unserer Sicht definitiv. Die Umweltprobleme werden immer grösser. Ganz salopp gesagt, die Verfehlungen der vergangenen Jahrzehnte beissen uns nun in den Allerwertesten. Wir sind an einer Grenze angelangt, an der wir sehr gut überlegen müssen, was wir unserer Umwelt noch zumuten dürfen und wie wir manches wieder gutmachen können.

Jeder Verbrauch und jede Belastung von natürlichen Ressourcen - wie Wasser, Luft oder Lebensräume - hat Auswirkungen. Manche davon haben lange Zeit vor allem Experten beschäftigt und weniger die Allgemeinheit. Wenn beispielsweise eine Insektenart aufgrund von Lebensraumverlust von der Bildfläche verschwindet, bleibt das für den Grossteil der Menschen verborgen und weckt auch nicht das grosse Interesse.

Offensichtlicher scheinen die Veränderungen aber in Bezug auf das Wetter beziehungsweise Klima. Auch in diesem Jahr hatten wir bereits eine erste Hitzewelle.

Unsere Art zu leben und zu wirtschaften treibt den Klimawandel voran. Und auch falls die Welt ihn auf ein hoffentlich verträgliches Mass begrenzen kann, wird es bei uns noch wärmer werden. So werden sich Verbreitungsgrenzen von Pflanzen und Tieren noch stärker verändern und sich hier in den Alpen in die Höhe verschieben. Gleichzeitig finden neue, eingeschleppte oder eingewanderte Arten Lebensraum. Darunter sicher auch solche, die für uns Menschen schädlich oder gar gefährlich sein können. Ich denke dabei z. B. an landwirtschaftliche Schädlinge oder Mückenarten, die Krankheiten übertragen können. Auch die zunehmende Verbreitung von Neophyten wirkt sich schädlich auf die heimische Flora und Fauna aus, kann für Allergiker gesundheitlich oder für Landwirte wirtschaftlich problematisch werden.

Für den Sommer werden häufigere und längere Hitzeperioden prognostiziert, das hat auch direkte Auswirkungen auf unser tägliches Leben. Im vergangenen Jahr haben wir gemerkt, dass auch das Wasser knapper werden kann. Bäche trocknen aus und Quellen versiegen vorübergehend. Und wie werden ältere und/oder kranke Menschen oder kleine Kinder mit ungewöhnlichen Hitzeperioden zurechtkommen? Nicht alle Menschen sind jung und fit. Im Hitzesommer 2003 verzeichnete die Schweiz eine um 7 % höhere Sterblichkeit, die der Hitze zugeordnet wurde. Europaweit starben in jenem Sommer 70 000 Menschen an der lang andauernden Hitze.

Millionen von Jugendlichen demonstrieren derzeit für eine effizientere Klimapolitik. In Liechtenstein wird zwar nicht demonstriert, aber Jugendliche haben sich zu einer Klimaorganisation zusammengeschlossen, die unter anderem die Ausrufung des Klimanotstandes fordert. Eine Forderung, die die LGU bestimme gutheisst?

Natürlich, es herrscht tatsächlich ein Klimanotstand. Uns bleiben noch etwa 30 Jahre, in denen wir das Ruder komplett herumreissen müssen. Bis 2050 müssen die Treibhausgasemissionen quasi auf Null zurückgefahren werden. Vorarlberg ist dem Aufruf der jungen Menschen gefolgt und hat gerade den Klimanotstand ausgerufen. Ich finde es gut, dass die Jugendlichen sich laut dafür einsetzen und die Politiker auffordern, die tatsächliche Dimension des Problems endlich anzuerkennen und aktiver zu werden.

So schlecht scheinen Liechtensteins Bemühungen aber nicht zu sein. Der Energieverbrauch konnte laut Amt für Statistik reduziert werden, die Emissionsziele zwar nicht ganz erreicht werden, aber für 2018 ist das Amt für Umwelt optimistisch. Alle Gemeinden tragen seit mehreren Jahren das Label Energiestädte.

Selbstverständlich muss man anerkennen, dass man bereits einiges erreicht hat. Man muss aber auch sagen, dass die angesprochenen Ziele aus der Energiestrategie 2020 stammen, die nur noch ein Jahr aktuell ist. Heute weiss man mehr: Damit wir die globale Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad begrenzen können, müssen wir die Schrauben nochmals kräftiger anziehen und die Ziele wesentlicher ambitionierter setzen.

Erst kürzlich durfte ich im Rahmen eines Schulunterrichts an einer Realschule mit den Jugendlichen über die Umweltfolgen unseres Konsumverhaltens diskutieren. Am Beispiel des globalen Container-Frachtschiffverkehrs von Turnschuhen und T-Shirts haben wir die Hintergründe und Zusammenhänge in Produktion und Verkauf angeschaut: wo die Waren billigst und unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt, wie sie mit riesigen Frachtschiffen übers Meer transportiert werden und dabei keine Rücksicht auf die Umwelt genommen wird. Ausschlaggebend dafür ist unser Konsumverhalten. Wir wollen eine immer grössere Auswahl von Produkten, die zudem immer billiger sein sollen. Wir bestellen, lassen liefern und schicken wieder zurück, es ist unsere Art zu leben, zu wirtschaften, unsere Art, bequem zu sein. Unsere Erde kann das in dieser Dimension und Ausprägung aber nicht weiter ertragen.

Wir sollten uns dessen bewusst werden, dass viele energieintensive Produktionsprozesse unserer Konsumgüter im Ausland stattfinden und in unserer Energiestatistik nicht aufscheinen. Diese graue Energie fällt quasi unter den Tisch.

Jeder einzelne kann also etwas bewegen - ausschlaggebend ist der Konsum?

Ja, unser Konsumverhalten ist ausschlaggebend. Ich will dabei allerdings nicht die gesamte Verantwortung auf die Zivilgesellschaft abwälzen, denn auch die Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Nur wenn klimafreundliche Lebensstile einfacher werden, werden mehr Menschen dazu bereit sein, umweltfreundlichere Konsumentscheidungen zu treffen oder auch einmal auf

etwas zu verzichten: Brauche ich wirklich noch ein Kleid oder eine Hose, nachdem der Kleiderschrank schon voll ist? Wo kommt die Ware her, die ich kaufen möchte und wie wurde sie produziert? Muss ich das Auto nehmen, obwohl mich Bus und Bahn auch ans Ziel bringen? Brauche ich wirklich so oft Fleisch auf dem Teller? Ein gewisser Verzicht wird nötig sein, der aber umso leichter fällt, je bewusster wir uns dafür entscheiden.

In der Energiestrategie 2020 heisst es, die Umsetzung der Massnahmen soll auf verschiedenen Wegen erreicht werden, im Vordergrund steht aber die Freiwilligkeit. Ist das ausreichend?

Es ist verständlich, dass die Politik auf Freiwilligkeit setzt, denn dann eckt man am wenigsten an und verdirbt es sich mit niemandem. Das ist meiner Meinung nach aber nicht ausreichend - auch wenn das viele nicht gerne hören werden. Natürlich wäre es schön, wenn man rein auf Freiwilligkeit setzen könnte, doch diese Mühlen mahlen sehr langsam und so viel Zeit bleibt uns nicht.

Der Verkehr ist eines der Hauptprobleme in Bezug auf den Klimawandel. Das Amt für Statistik hat kürzlich die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung publiziert. Demnach steigt die Motorisierungsquote seit Jahrzehnten an, gleichzeitig geht der Anteil des umweltfreundlichen Personenverkehrs stetig zurück. Was läuft hier falsch? Diese Entwicklung läuft seit Jahren in eine völlig verkehrte Richtung. Es wurde zu lange primär auf das Auto gesetzt und das Autofahren zu einfach gemacht.

Wird den Menschen der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu wenig schmackhaft gemacht?

Das tägliche Autofahren für den Arbeitsweg, wobei meist nur eine Person im Auto sitzt, ist offensichtlich zu einfach und zu billig. Zudem ist der umweltfreundlichere öffentliche Verkehr noch nicht konkurrenzfähig genug. In Liechtenstein fehlt bislang der «schnelle» ÖV, wie ihn eine S- oder Trambahn durch die strassenunabhängige Trasseeführung bietet. Ich bin überzeugt, wir brauchen möglichst rasch eine Kombination aus Bahn und Bus. Kombiniert mit einem benutzerfreundlichen Takt, gibt das umwelt- und benutzerfreundliche Alternativen zum Auto. Wie die Studie «Raumentwicklung Liechtenstein - Gestalten statt nur geschehen lassen» aufzeigt, wird es zudem ein landesweites «Mobility Pricing» brauchen. Das bedeutet, dass für die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur bezahlt werden muss. Der Staat muss also regulierend eingreifen, damit niemand benachteiligt wird, der umweltfreundlich mobil sein will, und wirksame Anreize zum Umsteigen geschaffen werden.

Unter den Klimaveränderungen hat auch das Ruggeller Riet zu leiden. Wie ist es um das Naturschutzgebiet bestellt?

Wir haben in diesem Jahr bereits zu einer Veranstaltung zum Welttag der Feuchtgebiete eingeladen, die auch das Naturschutzgebiet Ruggeller Riet thematisierte. Hier kommen verschiedene Dinge zum Tragen, wobei man keine Zahlen und Fakten zur Rolle des Klimawandels für die derzeitigen Probleme hat. Ein funktionsfähiges Flachmoor ist eine gute CO₂-Senke und damit wichtig für die CO₂-Kompensation. Die Senkung des Grundwasserspiegels geschah infolge der Rheinkorrektur und zudem wird auch heute noch im Naturschutzgebiet entwässert. Das alles schadet dem Flachmoor und es trocknet zusehends aus. Dabei baut sich Torf ab und Treibhausgase werden emittiert. Da der Torfabbau in den umliegenden, intensiver genutzten Landwirtschaftsböden noch schneller fortschreitet, liegt das Naturschutzgebiet sogar als leichte Erhöhung in der Landschaft. Dies wird allfällige Schutz- und Revitalisierungsmassnahmen erschweren. Hier wurde sehr lange gewartet und das Naturschutzgebiet zu isoliert betrachtet. Aktuell habe ich allerdings zum ersten Mal den Eindruck, dass etwas passiert. Es wird geprüft, welche Möglichkeiten es gibt, das wertvolle Gebiet wenigstens partiell zu revitalisieren. Feuchtgebiete wie das Ruggeller Riet sind sehr wichtige und unverzichtbare Lebensräume für viele, auch immer seltener werdende Tier- und Pflanzenarten. Wie beispielsweise für den Kiebitz, der zeitweise ganz aus Liechtenstein verschwunden war und heute nur sehr sporadisch bei uns brütet.

Stichwort Biodiversität: Immer wieder hört man vom Verlust der Artenvielfalt.

Die Veränderungen in der Biodiversität verdienen höchste Aufmerksamkeit. Das Insektensterben ist ein ernst zu nehmendes Warnsignal. Dabei spreche ich nicht vom Bienensterben, das leider viele Völker der Honigbiene trifft. Die Honigbienen sind landwirtschaftliche Nutztiere, die eine wichtige und unverzichtbare Rolle in der Bestäubung spielen. Aber hier reden wir davon, dass die Biomasse der heimischen Insekten um rund drei Viertel abgenommen hat. Das ist ein sehr alarmierendes Signal, denn Insekten spielen sowohl im Naturhaushalt als auch für uns Menschen eine unverzichtbare Rolle. Wir Menschen unterteilen die Insekten gerne sehr individuell in Nutz- und Schadtieren. Wir dürfen das aber nicht so Schwarz-Weiss sehen, denn Arten, die wir als Schädlinge empfinden, weil sie stechen können oder am Salat fressen, sind auf der anderen Seite eine wichtige Nahrungsgrundlage für andere Tierarten, wie Vögel oder Fische. Die Biodiversität kann man sich auch als komplexes Netzwerk vorstellen: Brechen immer mehr Teile davon weg, dann besteht die Gefahr, dass das gesamte Netz zusammenbricht. Und das hätte auch für uns Menschen schlimme Konsequenzen.

Schlussendlich werden aber wahrscheinlich die Kosten darüber entschieden, ob das Ruggeller Riet gerettet wird, oder nicht.

Ich bin zuversichtlich, dass es Möglichkeiten gibt, das Naturschutzgebiet wenigstens partiell zu revitalisieren und hoffe, dass möglichst rasch wirksame Massnahmen ergriffen werden. Man kann nicht immer



nur von der Natur nehmen, eine Wiederherstellung als zu kostspielig abtun und gleichzeitig erwarten, dass unsere natürliche Umwelt ihre für uns unverzichtbaren Leistungen weiterhin erbringt. Sauberes Trinkwasser ist ein Beispiel: Infolge der Rheinregulierung und anderer Eingriffe ist das Grundwasser heute

Monika Gstöhl im Gespräch mit dem «Volksblatt» am Ellhorn in Balzers. Solche partiellen Rheinaufweitungen stellen laut der Biologin einen unermesslichen Wert dar – sowohl für die Natur als auch für den Menschen.

(Foto: Michael Zanghellini)



weit abgesunken und auch seine Qualität leidet. Schon in 30 Jahren werden wir noch mehr Grundwasser zum Trinken benötigen, als es heute der Fall ist. Wir sind auf das sehr komplexe Zusammenspiel von Biologie, Chemie und Physik angewiesen und haben es gleichzeitig zum Kippen gebracht, das kostet. Es kommt

also ganz darauf an, in welchem Zeithorizont man denkt. Denkt man kurzfristig, spart man das Geld, längerfristig kommt uns – oder besser gesagt unseren Kindern – das Nicht-agieren aber wesentlich teurer.

Wechseln wir vom Tal in die Berge: Einen Eingriff in die Natur stellen

auch die von Liechtenstein Marketing und der Gemeinde Triesenberg aufgestellten Schaukeln dar. Die LGU hat erfolgreich Einspruch dagegen erhoben. Warum sind Sie gegen Schaukeln?

Die LGU hat nicht grundsätzlich etwas gegen Schaukeln, es kommt allerdings darauf an, wo die Schaukeln stehen. Auf dem Spielplatz oder auch neben einer Alphütte haben wir nichts dagegen. Ausserhalb der Bauzone und zudem in einem landschaftlich sensiblen Pflanzenschutzgebiet gilt es jedoch, die verschiedenen Interessen sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Handelt es sich um einzelne Standorte, oder ist das gesamte Berggebiet schützenswert?

Unser Berggebiet ist ein Pflanzenschutzgebiet und natürlich eine sensible Landschaft. Soll dort etwas zu einem touristischen Zweck gebaut werden, um mehr Menschen in das Gebiet zu locken, ist per Naturschutzgesetz eine Interessensabwägung verpflichtend. Das heisst, es muss belegt werden, dass der Verbrauch bzw. der Verlust von Natur- und Landschaftswerten – so eine Schaukel benötigt rund 20 Quadratmeter Bergwiese und stellt einen Fremdkörper in der Landschaft dar – einen entsprechend hohen Mehrwert für den Tourismus generiert. Das muss professionell belegt werden. Es reicht nicht aus, dass die Bauherrschaft glaubt, dass die Schaukeln gut für den Tourismus seien. In einem zweiten Schritt ist dieser Mehrwert für den Tourismus gegen die Verluste für Natur und Landschaft abzuwägen. Das Amt für Umwelt hat in diesem Fall das Gesetz etwas anders interpretiert als die LGU, doch der VGH hat uns Recht zugesprochen. Für die LGU geht es hier nicht nur um ein paar Schaukeln, sondern um Grundsätzliches: Was ist wie zu prüfen und zu belegen, bevor wir Natur- und Landschaftswerte schmälern. Mit dem Urteil des VGH gibt es diesbezüglich deutlich mehr Rechtssicherheit.

Ein Thema, das aktuell auch für Emotionen sorgt, ist das Thema Wald und Wild. Förster und Jäger schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Ein Urteil zu fällen, wo wer welche Versäumnisse in der Vergangenheit zu verantworten hat, ist heikel und nicht zielführend. Ich bin dafür, die Fakten auf den Tisch zu legen und zu tun, was notwendig ist, damit sich der Wald wieder verjüngen kann. Das ist sicher nicht einfach und mit vielen Emotionen belegt. Wir brauchen aber einen intakten Schutzwald, und das bedeutet, dass wir den Wildbestand auf einem Niveau halten müssen, das Waldverjüngung zulässt. Dadurch rottet man die betroffenen Wildarten bestimmt nicht aus.

Das Berggebiet wird als Freizeit- und Erholungsgebiet immer mehr genutzt – auch im Sommer. Welchen Einfluss hat eine intakte Umwelt auf die Gesundheit der Menschen?

Der Nutzen ist riesig. Ein intakter, funktionsfähiger Naturhaushalt erledigt sehr viele Aufgaben für uns Menschen und generiert beispielsweise sauberes Trinkwasser und gesunde Atemluft. Die natürliche Vielfalt ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Die meisten Medikamente stammen aus der grossen Apotheke namens Naturvielfalt und die Bestäubungsleistungen der Insekten sorgen für einen Grossteil unserer Nahrung. Das sind nur wenige Beispiele, bei denen sofort klar wird, dass all das natürlich unsere Gesundheit beeinflusst. Die Natur ist aber auch ein sehr wichtiger Rückzugsort für die Menschen, um Abstand vom Alltag zu gewinnen. Da aber immer mehr Menschen auf der Suche nach Ruhe, Abenteuer oder körperlicher Ertüchtigung in der Natur unterwegs

sind – vom Falknis bis in die Südsee – bedeutet das, dass diese gigantischen Touristenströme möglichst natur- und landschaftsfreundlich kanalisiert werden sollten. Das kommt nicht nur der Umwelt, sondern auch den Natursuchenden selbst zugute, denn sie wollen ja Zeit in möglichst intakten Natur- und Kulturlandschaften verbringen.

«Die Natur hat immer weniger Platz» ist ein Satz, den ich oft von der LGU höre. Haben insbesondere die Wildtiere das Nachsehen?

Wir breiten uns immer weiter aus, konsumieren Landschaft zur Freizeitnutzung, zum Wohnen, für unsere Mobilität oder zum Wirtschaften. Wildtiere – vom Käfer bis zum Hirsch – brauchen aber ebenfalls Platz und sie brauchen vernetzte Lebensräume. Es ist eine Illusion, ein kleines Naturschutzgebiet auszuscheiden und sich vorzustellen, dass wir damit die Artenvielfalt retten können. Das funktioniert nicht. Populationen benötigen geeignete, genügend grosse und miteinander vernetzte Lebensräume. «Biodiversität» umfasst die Vielfalt der Lebensräume, die Vielfalt der Arten und die genetische Vielfalt. Aufgrund der vielen isolierten Räume, die durch Strassen, Flüsse, Zäune, Wohn- und Industriegebiete oder auch durch grosse landwirtschaftliche Kulturen entstehen, wird der genetische Austausch zwischen Teilpopulationen behindert. Sie verarmen genetisch und gehen irgendwann kaputt.

Wie kann die Vernetzung hergestellt werden?

Es benötigt eine räumliche Vernetzung, die Tiere müssen von A nach B gelangen. Je nachdem, welche Arten man wohin vernetzen möchte, müssen die entsprechenden Strukturen geschaffen werden. Ist ein Lebensraum einer Schmetterlingsart von der Nachbarpopulation abgeschnitten, hilft vielleicht ein Krautsaum als verbindendes Element. Eine Autobahn, zum Beispiel, ist für einen Vogel ein kleineres Problem, der kann darüber hinwegfliegen, aber für viele verschiedene Tierarten ist sie ein fast unüberwindliches Hindernis. Wildtierbrücken können die Situation verbessern, wenn sie so gestaltet werden, dass sie möglichst vielen Tierarten dienen. Eine solche Brücke ist über die Autobahn im Bereich Haag – im Perimeter eines rheintalquerenden Wildtierkorridors – geplant. Wildtiere sollen von einer Bergflanke zur nächsten wandern können. Mit einer Brücke alleine ist es dabei natürlich nicht getan. Es benötigt auch den entsprechenden Anschluss, sprich wir müssen in Liechtenstein dafür sorgen, dass die Tiere vom angrenzenden Ried bis zur Bergflanke in Nendeln und Schaanwald gelangen können. Das ist eine wichtige Aufgabe der Raumplanung – und die fehlt bisher. Die Stiftung Zukunft.li hat in ihrer Studie etliche Defizite aufgezeigt und mahnt dazu, endlich zu gestalten und nicht nur geschehen zu lassen.

Die Regierung arbeitet seit 2018 an einem neuen Raumkonzept. Ist die LGU hier involviert?

Wir sind bisher nicht involviert. Öfter war schon die Rede vom Entwicklungskonzept Unterland, aber auch dort sind wir zum jetzigen Zeitpunkt zwar informiert, aber nicht involviert.

Zuerst werden die Strassen geplant?

Die Gefahr ist gross, dass die naturraumplanerischen Bedürfnisse nicht von Beginn an mitberücksichtigt werden, sondern bestenfalls erhalten sollen, was noch übrig ist. Immer wieder intervenieren wir deshalb auch bei den zuständigen Stellen. Denn auch nach dem Natur- und dem Gewässerschutzgesetz bestehen riesige raumplanerische Defizite. So steht bereits seit 1996 im Naturschutzgesetz, dass rund um Na-

turschutzgebiete Pufferzonen ausgeschieden werden müssen. Das ist bis heute nicht passiert. Ebenso wenig wurden Gewässerräume gemäss Gewässerschutzgesetz ausgeschieden, oder gemäss Landesrichtplan Wildtierkorridore freigehalten, resp. wiederhergestellt.

Stichwort Gewässerräume: Geht es hier auch um die geplanten Rheinaufweitungen?

Partielle Aufweitungen des Alpenrheins sind aus ökologischer Sicht unverzichtbar. Sie dienen aber auch der Versorgung mit Grundwasser guter Qualität, der verbesserten Hochwassersicherheit und als Naherholungsräume. Die Anrainerstaaten des Alpenrheins haben sich 2005 auf das sogenannte Entwicklungskonzept Alpenrhein geeinigt. Jedes Anrainerland muss Beiträge leisten, damit der Alpenrhein ein lebendiger, sicherer Fluss mit grossem Erholungspotential wird. Kritiker gibt es natürlich viele, dabei stellt eine Rheinaufweitung einen unermesslichen Wert dar. Wenn die Aufweitungen gut geplant und in angemessener Grösse umgesetzt werden, bieten sie wertvollen Raum für Mensch und Natur.

Sie sagen, der Rhein gleicht einer ökologischen Katastrophe. Kann sich der Fluss so einfach regenerieren?

Es ist ja nicht die Wasserqualität, die schlecht ist, sondern der Alpenrhein bietet praktisch keinen Lebensraum mehr, sondern ist vielmehr zur Autobahn für schwimmstarke Fische degradiert worden. Dazu kommt die von den Kraftwerksbetrieben verursachte Sunk-Schwamm-Problematik, welche die Schweiz jedoch bis 2030 saniert haben will. Wenn entlang des Rheins mehrere Aufweitungen realisiert, also Lebensräume geschaffen werden und die Abstände zueinander nicht zu gross sind, findet eine, wie schon vorher erwähnte, Vernetzung dieser Lebensräume statt. Würden wir so etwas zustande bringen, hätten wir wieder einen lebendigen Fluss durch das Tal, der für die Landschaft, die Menschen, die Wasserversorgung und auch die Biodiversität einen unglaublichen Mehrwert bringt.

Die Fülle der Themen zeigt die Dringlichkeit, der Natur zur Seite zu stehen. Schenkt die Politik der LGU offene Ohren?

Grundsätzlich stossen unsere Anliegen zumindest auf Interesse und werden angehört. Heute weiss aber auch schon fast jeder, dass die Situation prekär ist, es gibt gesetzliche Grundlagen und es gibt natürlich Umweltorganisationen wie die LGU, die immer wieder ihre Finger in die Wunden legen. Allein durchs Reden und Zuhören werden wir aber weder die Natur noch das Klima retten. Insgesamt – und da sind wir wieder beim Beginn unseres Interviews – hat es mit unserer Lebensweise, unserem Konsum und unserer Bequemlichkeit zu tun. Und damit, dass Politiker häufig im Vierjahreszyklus denken. Die LGU wird sich jedenfalls weiterhin für unsere natürliche Umwelt stark machen und optimistisch bleiben. Wir freuen uns, dass wir achtsame Mitglieder und Förderer haben, die uns den Rücken stärken und darüber, dass es mittlerweile einige beispielhafte Initiativen gibt, die zum Nachdenken und Mitmachen anregen.

Weitere Infos zur LGU unter www.lgu.li

Zur Person

Monika Gstöhl leitete seit Mai 2014 zunächst interimistisch die Geschäftsstelle der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), bis sie im August definitiv mit der Führung beauftragt wurde. Zuvor betreute die diplomierte Biologin in der Organisation die Fachbereiche Umweltbildung und Naturschutz.